

(Erster Vizepräsident Möslin)

Der Dringlichkeitsantrag wird nicht begründet. Ich eröffne die Aussprache. Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich schlage vor, den Dringlichkeitsantrag zu überweisen an den Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten. Damit – besteht Einverständnis. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Fleischer, Kamm, Köhler, Dr. Magerl und Fraktion DIE GRÜNEN betreffend Bericht der Staatsregierung zum Einsatz von MOX-Brennelementen in bayerischen Atomkraftwerken (Drucksache 12/1016)

Wird dieser Dringlichkeitsantrag begründet? – Das ist der Fall. Dazu erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Kamm.

Kamm (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Gundremmingen in Schwaben steht Deutschlands größtes Atomkraftwerk. Es sind zwei alte Siedewasserreaktoren. Vor wenigen Wochen wurde bekannt, daß die Betreiber schon seit zwei Jahren beantragt haben, in diesen Siedewasserreaktoren künftig auch plutoniumhaltige Brennelemente einzusetzen. Der Antrag datiert vom Januar 1989. Erst im Februar 1991 wurde dies publik. Deswegen hat unsere Fraktion gestern einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, mit dem die Staatsregierung aufgefordert werden soll, im Landtag in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Umweltfragen und für Wirtschaft und Verkehr einen Bericht darüber zu geben, was es mit diesen MOX-Brennelementen auf sich hat.

Nachdem mir nun Herr Diethel signalisiert hat – ich kann es im Moment noch gar nicht glauben, weil es sehr unverständlich wäre –, daß die CSU-Fraktion diesem Berichtsantrag nicht zustimmen werde, muß ich leider ein bißchen mehr ausführen, um auch bei Ihnen von der CSU für den Antrag zu werben; daß von der SPD Zustimmung kommt, weiß ich. – Da schon nach wenigen Wochen die Frist für Einwendungen abgelaufen sein wird, ist es für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Vereine und Kommunen kaum möglich, sich ausreichend sachkundig zu machen und zu überlegen, ob ihre Interessen, seien es gesundheitliche Interessen, Umweltinteressen oder Eigentumsinteressen, verletzt werden. Sie können kaum Einwendungen in diesem Verfahren erheben.

Seien Sie doch einmal ehrlich, meine Damen und Herren von der CSU: Wer von Ihnen hat vor vier oder fünf Wochen schon gewußt, was MOX-Brennelemente sind? Ich muß für meine Person sagen, ich habe es vor fünf Wochen nicht gewußt.

(Abg. Kolo: Das ist schlimm genug!)

– Herr Kolo, was weiß ich alles nicht! Dazu kann man alte griechische Philosophen zitieren. Wir wissen vieles, was sich mit der Atomenergie verbindet, aber

was MOX-Brennelemente sind, war mir vor fünf Wochen nicht ohne weiteres klar. Ich habe zwar vor einem Jahr eine kleine Anfrage gestellt, ob schon MOX-Brennelemente nach Gundremmingen transportiert worden sind, aber was dies genau bedeutet, wußte ich nicht.

Deswegen möchte ich es Ihnen darlegen. Bisher hatten wir in unseren Leichtwasserreaktoren Brennelemente, die aus Uran 235 und insbesondere Uran 238 bestehen. Das sind Brennelemente, die keine sonderlich großen Probleme beim Transport aufweisen. Die Transporte dieser sogenannten frischen Brennelemente zu den Atomkraftwerken sind nicht besonders gesichert. Künftig möchte man wohl, daß in diese Brennelemente auch Plutonium in einer Konzentration von vier bis maximal acht Prozent eingebaut wird. Plutonium aber, meine Damen und Herren, ist wohl offensichtlich der giftigste Stoff, den wir auf dieser Erde haben. Es ist ein Material, das nicht natürlich vorkommt, das nur künstlich in Atomreaktoren entsteht. Das Material ist so giftig, daß schon ein Gramm ausreichen würde, bei bis zu einer Million Menschen Lungenkrebs auszulösen. Das mögen Sie sich bitte einmal vorstellen, ein Gramm davon würde ausreichen. Es ist durchaus verständlich, daß in der Zeit der Evolution solche Stoffe nicht natürlich auf der Erde vorkamen, denn sie wären für uns viel zu giftig gewesen. Wir hätten in irgendeiner Form in der Evolution damit umzugehen lernen müssen. Dadurch, daß es Atomreaktoren gibt, sind nun diese Stoffe seit einigen Jahrzehnten in der Biosphäre.

Diese Stoffe sollen nun in Atomreaktoren eingebaut werden. Sie erinnern sich sicherlich, daß in Bayern eine Wiederaufarbeitungsanlage gebaut werden sollte, deren Sinn und Zweck es gewesen wäre, Plutonium, insbesondere aus abgebrannten Brennelementen, zu extrahieren. Dieses Plutonium sollte wohl ursprünglich als Brennstoff für den Schnellen Brüter verarbeitet werden.

Aber Sie wissen auch, der Schnelle Brüter in Kalkar dümpelt vor sich hin, seit Jahren geht es nicht weiter. Der Schnelle Brüter ist technisch gescheitert. In Frankreich gibt es einen Schnellen Brüter, den Superphoenix, der einige Wochen arbeitet, dann monatelang wegen vieler Defekte und wegen Leckagen im Natrium-Kühlkreislauf stillgelegt wird. Die Schnelle-Brüter-Technologie ist gescheitert, ist politisch wohl nicht mehr durchsetzbar. So geht man jetzt her und möchte das Plutonium auch für herkömmliche Kraftwerke nutzen.

Wir wissen, daß in Druckwasserreaktoren schon seit einigen Jahren Brennelemente, die etwas Plutonium enthalten, eingesetzt werden. Aber, meine Damen und Herren, daß in Siedewasserreaktoren plutoniumhaltige Brennstäbe eingesetzt werden sollen, ist etwas Neues. Siedewasserreaktoren unterscheiden sich von Druckwasserreaktoren dadurch, daß sie nur einen Kreislauf haben. Wenn diese Brennstäbe Haarrisse zeigen, wenn spaltbares Material, radioaktive Stoffe, austreten, kommen sie beim Siedewasserreaktor, weil es nur einen Kreislauf gibt, sofort bis zu den Turbinen. Sie sind im Primärkreislauf nicht

(Kamm [DIE GRÜNEN])

relativ sicher eingeschlossen, wie das beim Druckwasserreaktor der Fall war, wo es einen Primär- und einen Sekundärkreislauf gibt.

Deswegen, meine Damen und Herren, ist es sehr problematisch, daß plutoniumhaltige Brennelemente in Atomkraftwerken des Typs Siedewasserreaktor eingesetzt werden. Der Einsatz im Atomkraftwerk Gundremmingen ist ebenso problematisch, denn Gundremmingen arbeitet im Last-Folge-Betrieb. Das war ursprünglich nicht vorgesehen. Die Atomkraftwerksblöcke in Gundremmingen sollten ursprünglich nur in der Grundlast arbeiten, das heißt, sie wären kontinuierlich, mit gleicher Beanspruchung gefahren und nur zu Revisionsarbeiten außer Betrieb gesetzt worden. Dadurch, daß wir in Bayern so viele Atomkraftwerke haben, wird Gundremmingen im Last-Folge-Betrieb gefahren, das heißt im Sommer und an Wochenenden auf z. B. 60 Prozent zurückgefahren. Der häufige Lastwechsel bedeutet eine besondere thermische und Druckbeanspruchung der Brennstäbe, die besonders gefordert werden. Brennstäbe mit plutoniumhaltigem Material neigen mehr zu Störungen, weil sie nicht wärmeleitfähig sind. Wenn spaltbares Material austritt, ist es passiert, und das Material gelangt in die Turbine.

Das alles sind Fragen, meine Damen und Herren, die wir gern in Ruhe nach einem Bericht der Staatsregierung erörtert hätten. Ich hoffe und denke, daß mir Ihr Fraktionsvorsitzender Diethei jetzt signalisiert, daß Sie dem zustimmen,

(Abg. Diethei: Wir schlagen eine Änderung vor!)

nachdem ich Ihnen jetzt dargelegt habe, worum es uns geht. Wir haben in unserem Antrag sehr detailliert dargelegt, worüber wir gern eine Diskussion hätten. – Ich sehe auch schon, der Herr Staatssekretär macht sich bereit.

Ich will Ihnen gerne sagen, Herr Staatssekretär, und ich bin Ihnen ganz persönlich dafür dankbar, daß Sie das Spiel der Atomindustrie nicht mitgemacht haben. Sie hat im Januar 1989 den Einsatz plutoniumhaltiger Brennelemente beantragt, und es wurde keinerlei Beteiligung der Öffentlichkeit vorgesehen. Sie sind noch nicht sehr lange im Amt, aber Sie haben dafür gesorgt, daß schon im Februar klargestellt wurde, daß eine Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgen muß. Dafür sind wir Ihnen dankbar. In unseren Augen wäre alles andere abenteuerlich gewesen. Herr Dick ist nicht mehr da, aber Herr Spitzner ist noch da, und ich weiß nicht, was sie in ihrer Amtszeit gemacht hätten, ob sie sich das hätten bieten lassen.

Herr Zeitler, wir sind Ihnen dankbar, daß Sie für eine Änderung gesorgt haben. Ich glaube, wenn die Atomindustrie weiter so arbeitet und hinterrücks so schwerwiegende Änderungen in ihren Anlagen vornehmen will, ohne die Öffentlichkeit zu informieren, dann müssen wir uns noch ganz andere Elemente einfallen lassen, um für Transparenz zu sorgen.

Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ihre Zustimmung zu dem Antrag. Ich hoffe, daß die von Ihnen

vorgeschlagene Änderung so sachdienlich ist, daß wir sie als Antragsteller mittragen können.

(Abg. Diethei: Wir schlagen immer Sachdienliches vor!)

Präsident Dr. Vorndran: Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung, der Herr Staatssekretär im Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen: Sie haben das Wort, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Zeitler: Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Kamm, Sie haben den Eindruck erweckt, als ob es sich bei der Angelegenheit mit den MOX-Brennstäben um eine Teufelsküche handle, als ob das eine ganz geheimnisvolle Angelegenheit wäre. Ich darf sagen, daß folgende Kernkraftwerke der Bundesrepublik Deutschland bereits eine atomrechtliche Genehmigung für den Einsatz von MOX-Brennelementen besitzen: Kernkraftwerk Grafenrheinfeld, Kernkraftwerk Isar II, Kernkraftwerk Obrigheim, Gemeinschaftskraftwerke Neckar I und II, Kernkraftwerk Philippsburg 2, Kernkraftwerk Unterweser, Kernkraftwerk Grohnde, Kernkraftwerk Brokdorf und Kernkraftwerk Emsland.

Um was geht es? Mit ihrem Antrag fordern die GRÜNEN die Staatsregierung auf, dem Landtag noch – das ist der entscheidende Punkt, ich bitte das zu beachten – vor dem Ablauf der Auslegungs- und Einwendungsfrist, die am 25. April endet, und noch vor dem für 4. Juni festgesetzten Erörterungstermin über eine Reihe von Fragen zu berichten, die Gegenstand des laufenden Genehmigungsverfahrens zum Einsatz von Mischoxid-Brennelementen im Kernkraftwerk Gundremmingen II sind und damit im unmittelbaren Zusammenhang stehen. Das ist die Kernfrage.

Niemandweigert sich, Ihnen einen Bericht zu geben, wenn es rechtlich möglich ist. Das ist überhaupt keine Frage. Aber man muß in einem Rechtsstaat auch rechtliche Abläufe beachten. Eine Beantwortung dieser Fragen durch das Staatsministerium ist derzeit, insbesondere vor dem Abschluß der Erörterung und Prüfung der im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren erhobenen Einwendungen Dritter und, das ist der entscheidende Punkt, vor Eingang und Auswertung der von der Genehmigungsbehörde eingeholten Sachverständigen-Gutachten, behördlichen Stellungnahmen und bundesaufsichtlichen Äußerungen des BMU weder möglich noch zulässig. Der Antrag fordert das Staatsministerium auf, etwas Unzulässiges zu tun. Er ist insofern unfair, als damit der Eindruck erweckt werden soll, daß wir nicht bereit seien, offen zu informieren, wie es unsere Art ist, wie Sie eben selbst gelobt haben. Insofern ist es etwas hinterlistig, was Sie mit uns vorhaben.

Eine inhaltliche Stellungnahme des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen zu den in dem Dringlichkeitsantrag zum Ausdruck gebrachten Bedenken der GRÜNEN mit einer anschließenden öffentlichen Diskussion im Landtag zum gegenwärtigen – ich betone: zum gegenwärtigen – Zeitpunkt würde den im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren vorgesehenen Erörterungstermin auch aus

(Staatssekretär Zeitler)

der Sicht der zu Einwendungen aufgeforderten Bürger zur Farce machen. Der Sinn des Einwendungstermins ist, daß Bürger die Möglichkeit haben, ihre Bedenken geltend zu machen. Gerade der Erörterungstermin, an dem auch die GRÜNEN als Einwender teilnehmen können, das ist ihr Recht und steht ihnen frei, soll nämlich dazu dienen, daß diejenigen, die Einwendungen erhoben haben, diese mit dem Betreiber erörtern. Das ist der Sinn.

Hinzu kommt, daß das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen als objektive, vorab nicht festgelegte Genehmigungsbehörde über Einwendungen ebenso wie über den Genehmigungsantrag der Betreiber erst nach Abschluß sämtlicher Ermittlungen zu befinden hat, nicht etwa schon im Erörterungstermin oder zu einem festgesetzten früheren Zeitpunkt eine Stellungnahme abgeben kann. Man kann sich nicht vorab im Landtag äußern und festlegen, wenn noch das Erörterungsverfahren läuft. Das ist rechtlich unzulässig, und man würde uns der Einflußnahme bezichtigen.

Allein aus diesem Grund bitte ich aus der Sicht des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen, den Antrag abzulehnen. Unabhängig davon sind wir natürlich bereit, nach Ende des Erörterungstermins und des Genehmigungsverfahrens zu jedem von Ihnen gewünschten Zeitpunkt, in jedem Umfang und in aller Ausführlichkeit zu berichten. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Möslin: Nächste Wortmeldung, der Abgeordnete Kolo. Sie haben das Wort!

Kolo (SPD): Herr Staatssekretär! Es ist doch unüblich, daß ein Bericht in Ausschüssen von der Staatsregierung mit solcher Vehemenz abgelehnt wird.

(Zahlreiche Zurufe von der CSU, u. a. Abg. Hofmann: Das ist doch nicht wahr, der Bericht kommt doch!)

– Eben nicht, Herr Kollege Hofmann. Es geht um zwei Dinge.

(Fortgesetzte Zurufe – Abg. Langenberger: Laßt ihn doch reden!)

Die Argumentation, daß während des Genehmigungsverfahrens kein Bericht gegeben werden könne – da würde ich sagen: Juristen an die Front –, ist mehr als strittig. In den Ausschüssen werden doch Petitionen auch sehr häufig bei laufenden Genehmigungsverfahren behandelt.

(Abg. Kaul: Aber sehr zurückhaltend!)

– Auch über Wackersdorf haben wir als Parlament permanent diskutiert, obwohl Genehmigungsverfahren gelaufen sind. Ich weiß, daß es sich dabei um eine Rechtsauffassung einer Mitarbeiterin des Hauses, die ich sehr, sehr schätze, handelt. Diese Rechtsauffassung ist aber strittig. Deshalb sage ich: Das Abstellen auf das Genehmigungsverfahren brauchen wir ei-

gentlich überhaupt nicht. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß es besondere Absicht der GRÜNEN-Fraktion sein soll, auf das Genehmigungsverfahren Einfluß zu nehmen. Wenn ich den Antrag lese –

(Abg. Kaul: Warum stellen sie ihn jetzt?)

– Das sage ich gleich, Herr Kollege Kaul. In dem Antrag geht es darum, daß der Landtag die Chance bekommt, sich über MOX-Brennelemente sachkundig zu machen, wie es Herr Kollege Kamm persönlich getan hat.

In der Tat gibt es eine Menge von Problemen im Zusammenhang mit dem Einsatz von MOX-Brennelementen in Kernkraftwerken. Deshalb gibt es aus gutem Grund ein gesondertes Verfahren, wenn ein Kernkraftwerk in der Bundesrepublik neben den normalen Uranbrennstäben plutoniumangereicherte MOX-Brennelemente verwenden will. Ich bin der Meinung, daß wir dieses Nicht-ganz-Aufgeklärtsein des Parlaments zumindest bei den Ausschüssen, die damit ständig beschäftigt sind, beenden sollten. Es kann doch nichts dagegen einzuwenden sein, den Antrag zum Beispiel so zu formulieren: Die Staatsregierung wird aufgefordert – oder ersucht –, umgehend dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr – Sie sehen, ich bin der Meinung, daß wir streichen müssen: „rechtzeitig vor Ablauf der Einwendungsfrist“, weil das mit dem Genehmigungsverfahren überhaupt nichts zu tun hat.

(Abg. Kaul: Das ist doch der Hintergrund!)

– Ja gut, dann streichen wir halt bis zu „Gundremingen II“ und sagen nach dem Komma: „umgehend dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr und dem Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen in einer gemeinsamen Sitzung einen umfassenden Bericht über den Einsatz von Mischoxid-Brennelementen in Druckwasser- und Siedewasserreaktoren zu geben.“

Das ist doch eine ganz einfache Geschichte, die wir doch machen könnten!

(Zahlreiche Zurufe von der CSU)

– Ich kenne noch mehr Fragen. Es gibt zum Beispiel Vertragsverhandlungen zwischen Siemens/KWU und den Stadtwerken München, solche MOX-Brennelemente über einen Zeitraum von zehn oder zwanzig Jahren abzunehmen. Darüber sollte sich das Parlament doch sachkundig machen; und wenn wir die genannte Passage herausnehmen, würde doch auch das formale Argument, wir wollten uns in ein Genehmigungsverfahren drängen, wegfallen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Diethei, wenn Sie dem unter diesen Gesichtspunkten zustimmen könnten. Danke schön.

(Abg. Diethei: Einverstanden!)

Erster Vizepräsident Möslin: Ich erteile das Wort dem Herrn Staatssekretär im Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen. Sie haben das Wort, Herr Staatssekretär!

(Abg. Langenberger zu Abg. Diethei: Sie sind der Boß! – Zustimmendes Nicken des Abg. Diethei)

Staatssekretär Zeitler: Herr Präsident, Hohes Haus! Dem so umformulierten Antrag kann zugestimmt werden.

Erster Vizepräsident Möslin: Nächste Wortmeldung, der Abgeordnete Kamm!

(Zahlreiche Zurufe von der CSU, u. a. Abg. Spitzner: Jetzt hock dich doch hin! – Abg. Hofmann: Wohl einen Rhetorikkurs gemacht, was?)

Kamm (DIE GRÜNEN): Ich freue mich ja, daß wir uns hier zu so später Stunde in Rede und Gegenrede einigen können.

Herr Staatssekretär, mich interessiert natürlich, ob das Wort „umgehend“ bedeutet, daß wir den Bericht auch wirklich in den nächsten Wochen bekommen.

(Weitere Zurufe von der CSU)

Lassen Sie mich auch eines noch hinzusagen: Ich sehe sehr wohl die Zwickmühle, in die Sie sich sozusagen hineinmanövriert haben, denn das Thema, politische Instanz einerseits und Genehmigungsbehörde andererseits, ist alt.

Der Kollege von der SPD hat schon dargestellt, wie sehr wir uns in der letzten Legislaturperiode im Landtag um das Thema Wackersdorf gestritten haben. Da haben ja Ihre Vorgänger eindeutig Position bezogen. Wenn wir jetzt aber sagen würden, in allen Fällen, in denen Genehmigungsverfahren anhängig sind, kann sich das Ministerium weder politisch noch mit Sachinformationen äußern – uns geht es um die Sachinformation –, dann würden wir Ihnen ja für lange, lange Zeit einen Maulkorb umbinden; denn das nächste Genehmigungsverfahren für Isar I steht ja schon ins Haus. Dann würden Sie ja nie einen Bericht zu geben brauchen. Insofern bin ich froh, wenn Sie der Formulierung „umgehend“ zustimmen, was nach unserem Verständnis in den nächsten Wochen ist. Aus meiner Sicht spricht überhaupt nichts dagegen, wenn Sie dem Ausschuß sagen: Das und das ist für uns strittig, die und die Informationen geben wir Ihnen, aber das und das ist eine Abwägungsfrage im Genehmigungsverfahren. Sie brauchen sich da ja juristisch nicht in jedem Punkt festzulegen, aber lassen Sie uns doch bitte in den zuständigen Ausschüssen die Fachdiskussion darüber führen, was die Brennelemente bedeuten und welcher Nutzen, welcher Schaden und welche Risiken mit ihnen verbunden sind. Unser Motiv war, uns sachkundig zu machen – und da halten wir das Staatsministerium immer noch für eine gute Adresse. Daß wir uns vor dem Einwendungsverfahren sachkundig machen wollen, ist doch wohl sinnvoll.

(Zahlreiche Zurufe von der CSU, u. a. Abg. Spitzner: Hör doch auf! – Abg. Kaul: „rechtzeitig vor“, das war doch Ihr Motiv; Herr Kolo hat Ihnen doch geholfen! – Allgemeine große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Kaul, natürlich geht es uns darum, rechtzeitig vor –

Erster Vizepräsident Möslin: Die Debatte darf jetzt aber nicht in ein Zwiegespräch ausufern. Bitte, fahren Sie fort!

Kamm (DIE GRÜNEN): Es ist doch kein Deut Schlechtes daran, wenn wir fordern, daß das Parlament über eine Angelegenheit, von der wir glauben, daß die Öffentlichkeit darüber informiert werden muß, inhaltlich diskutieren soll. Deshalb bitten wir um einen Bericht. Das haben wir in der Vergangenheit immer so gehalten. Ich weiß nicht, warum Sie das gerade so aufgeblasen haben.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, und wir übernehmen diesen Änderungsantrag –

(Zahlreiche Zurufe von der CSU – allgemeine große Unruhe)

– Ja, Herrschaftseiten, kann ich denn einmal Ruhe haben?

(Glocke des Präsidenten)

Wir übernehmen die Änderungsanregung des Herrn Kollegen Kolo, nach dem ersten Komma das Wort „umgehend“ einzufügen und dann nach dem Wort „Gundremmingen II“ normal fortzufahren.

(Zahlreiche Zurufe von der CSU, u. a.: Das hättest du gleich sagen können!)

Erster Vizepräsident Möslin: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit es ja zu keiner Fehlinterpretation kommt, darf ich den ersten Absatz in geänderter Form noch einmal vorlesen:

Die Staatsregierung wird ersucht, umgehend dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr und dem Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen in einer gemeinsamen Sitzung einen umfassenden Bericht über den Einsatz von Mischoxid-Brennelementen zu geben.

Der zweite Absatz bleibt wie ausgedruckt.

Ich lasse a b s t i m m e n. Wer diesen Antrag zur Beratung in einer gemeinsamen Sitzung an den Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen und an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? –

(Abg. Kamm: Wir stimmen doch hier ab, nicht überweisen! – Zahlreiche Gegenrufe – Allgemeine große Unruhe)

Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Ersteres war eindeutig die Mehrheit. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag an die Ausschüsse verwiesen.

– Aber natürlich, es wird in den Ausschüssen dann von der Staatsregierung geantwortet, und zwar umgehend, nämlich dann, wenn der Termin erledigt ist, von dem der Herr Staatssekretär gesprochen hat. Sind noch Unklarheiten zu beseitigen?

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich bekannt:

(Erster Vizepräsident Möslein)

Mit Schreiben vom 6. März 1991 teilt die Fraktion der CSU mit, daß an Stelle von Herrn Abgeordneten Georg Rosenbauer Frau Abgeordnete Christl Schweder in den Ausschuß für Innerdeutsche Entwicklung und Grenzlandfragen entsandt wird. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

(Unruhe)

Darf ich bitten, noch Platz zu behalten, bis die Sitzung geschlossen ist. Wenn der Herr Fraktionsvorsitzende der CSU das Privatgespräch beendet hat, kann ich fortfahren.

(Abg. Diethel: Es war kein Privatgespräch!)

Ich gebe außerhalb der Tagesordnung bekannt, daß folgende Anträge ihre Erledigung gefunden haben:

- Antrag der Abgeordneten Paulig, Dr. Magerl und Fraktion die GRÜNEN betr. Jahresbericht 1990 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (Drucksache 12/313)
- Antrag der Abgeordneten Dr. Eykmann, Regensburger, Weinhofer, CSU betr. Tätigkeit von Angehörigen des bayerischen öffentlichen Dienstes in den neuen Ländern (Drucksache 12/464)

Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Zum Geschäftsordnungsantrag erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Kamm.

Kamm (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, ich glaube, wir haben jetzt einen Fehler gemacht. Es muß klar sein, daß wir über den Berichtsantrag hier und heute abstimmen. Wir haben meines Erachtens darüber nicht abgestimmt, wir haben über etwas anderes ab-

gestimmt. Ich bitte darum, daß wir die Unklarheit beseitigen und hier und heute über den Berichtsantrag abstimmen. Daß der Bericht dann im Ausschuß gegeben wird, ist im Antrag enthalten.

Erster Vizepräsident Möslein: Der Sinn des Antrags ist, daß das Begehren in den Ausschüssen für Wirtschaft und Verkehr und für Landesentwicklung und Umweltfragen durch die Staatsregierung erfüllt wird. Darüber habe ich abstimmen lassen.

Nun beantragt die Fraktion DIE GRÜNEN, noch darüber abzustimmen, daß dem Antrag zugestimmt wird; daß, was wir bereits durch Beschluß festgelegt haben, erfolgen soll. Das ist ein Widerspruch. Sie können sich an den Ältestenrat wenden, wenn Sie der Meinung sind, daß das Verfahren noch nicht beendet war.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen am Ende der letzten Plenarsitzung vor den Feiertagen. Ich möchte Ihnen allen sehr herzlich für die Arbeit danken, die der 12. Bayerische Landtag bisher geleistet hat.

Ich wünsche Ihnen ein frohes und besinnliches Osterfest, Erholung und Freude im Kreis Ihrer Familie und Freunde, und schöpfen Sie neue Kraft und Energie für die künftigen parlamentarischen Aufgaben.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 19 Uhr 03 Minuten)